

Der Kampf gegen Antisemitismus und Israelhass braucht Haltung und Aufklärung

Nach dem mit monströser Brutalität und Vernichtungswillen ausgeführten Angriff der Hamas auf Israel zeigt sich die breite Mehrheit der deutschen Gesellschaft uneingeschränkt solidarisch mit Israel. Gleichzeitig ist aber auf erschreckende Weise das Ausmaß von Israelhass und antisemitischen Einstellungen deutlich geworden. Es ist unerträglich, wenn Jüdinnen und Juden in Deutschland Angst um Leib und Leben erfahren, wenn sie mit einem menschenverachtenden Antisemitismus von Rechtsextremen, gerade im Kontext der Israelkritik auch aus der linken politischen Szene sowie aktuell besonders deutlich aus muslimischen bzw. migrantischen Gemeinschaften konfrontiert werden.

Als Freie Demokraten stellen wir uns diesen Angriffen ohne jedes Wenn und Aber entgegen. Allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die sich antisemitisch äußern, die die Grenze zwischen legitimer Israelkritik und Antisemitismus verwischen wollen, die für die Angriffe der Hamas Verständnis oder sogar Freude äußern, wollen wir deutlich machen, dass sie sich damit an den Rand der Gesellschaft stellen, dass dies nicht zu akzeptieren ist. Wo straf- und ausländerrechtlich gegen Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Demonstrationen oder gegen Autorinnen und Autoren von Hassbotschaften im Internet vorgegangen werden kann, ist dies konsequent zu tun.

Wir erwarten auch von den muslimischen Verbänden in Deutschland und Nordrhein-Westfalen eine klare Haltung, die ohne Relativierungen auskommt, und Anstrengungen, den Antisemitismus in muslimischen Gemeinschaften zu bekämpfen.

Festzustellen, dass das „Nie wieder“ genau jetzt seine Kraft beweisen muss, reicht aber nicht aus. Auch die möglichen und zu ergreifenden straf- und ausländerrechtlichen Maßnahmen werden nicht ausreichen. Es muss darum gehen, gerade die junge Generation zu erreichen, vor allem auch dort, wo sich antisemitische Einstellungen in Gemeinschaften verbreiten.

Die Freien Demokraten regen daher an, Projekte an Schulen aufzulegen, mit denen Schülerinnen und Schüler, auch und gerade mit Migrationshintergrund, erreicht werden. Beispiel kann das Projekt „meet2respect“ aus Berlin sein, bei dem Tandems aus einem Rabbiner und einem Imam in Klassen mit mehrheitlich muslimischen Schülerinnen und Schülern Unterrichtsbesuche anbieten und mit den jungen Menschen über Judenfeindlichkeit und über die Möglichkeit eines friedlichen Miteinanders sprechen. Ebenso sprechen wir uns für einen verpflichtenden Besuch einer Holocaust-Gedenkstätte für jede Schülerin und jeden Schüler aus. Analog dazu soll die Geschichte Israels sowie jene der Judenverfolgung ab 1945 fester Bestandteil des Schulunterrichts werden, um gegen Desinformation und Verschwörungstheorien vorzugehen.

Als Freie Demokraten fordern wir die Landesregierung auf, den Dialog mit den muslimischen Verbänden über ihre Verantwortung beim Kampf gegen antisemitische Einstellungen und Israelhass fortzuführen und mit den jüdischen und muslimischen Verbänden über die Bereitschaft zur Teilnahme an einem Bildungsangebot nach Berliner Vorbild zu sprechen.